

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

Große Koalition an der Regierung

Seit Ende März regiert eine Vierparteien-Koalition Pakistan. Neben der *Pakistan People's Party* (PPP) von Premierminister Gillani gehören dem Kabinett Minister von Nawaz Sharifs PML-N, der *Awami National Party* ANP und der religiösen *Jamaat-e Ulama-e Islam* (JUI / Fazlur Rahman-Gruppe) an. Zu den wichtigsten Ministern gehören Außenminister Shah Mehmood Qureshi (PPP), Verteidigungsminister Chaudhry Ahmed Mukhtar (PPP), Finanzminister Is-haq Dar (PML-N), Informationsministerin Sherry Rehman (PPP) und Bildungsminister Ahsan Iqbal (PML-N). Berater des Premierministers für innere Angelegenheiten und damit de facto Innenminister ist Rehman Malik. Die Nationalversammlung hat zum ersten Mal eine Präsidentin, Fahmida Mirza, die ebenfalls der PPP angehört. Die neuen Ministerpräsidenten der vier Provinzen sind: Sardar Dost Muhammad Khosa in Punjab (PML-N; er gilt als „Statthalter“ für den eigentlichen Kandidaten Shahbaz Sharif, der bei den Wahlen noch nicht antreten durfte); Syed Qaim Ali Shah (PPP) in Sindh; Ameer Haider Khan Hoti in der NWFP (ANP); und Nawab Aslam Raisani (PPP) in Belutschistan. Umbesetzungen hat es auch an der Spitze der Geheimdienste MI und IB gegeben. www.pakistan.gov.pk

Anhaltender Streit um den Bhutto-Mord

Auch vier Monate nach der Ermordung der ehemaligen Premierministerin am 27. Dezember bleiben die Todesumstände umstritten. Das Parlament hat die neue pakistanische Regierung aufgefordert, eine Untersuchung durch die Vereinten Nationen offiziell zu beantragen. Vor den Wahlen hatte die Regierung britische Ermittler von Scotland Yard nach Pakistan eingeladen, die unter anderem die Regierungsversion bestätigten, wonach Bhutto durch die Folgen der Explosion starb und nicht erschossen worden sei. Die PPP bezweifelt das weiterhin. Eine Autopsie hat es bisher nicht gegeben, weil die Familie Bhuttos diese abgelehnt hat. Für besonderes Unverständnis hat es gesorgt, dass der Tatort bei Liaquat Bagh in Rawalpindi kurz nach der Tat von Reinigungsfahrzeugen abgesprüht wurde. Während die vergangene Regierung und westliche Geheimdienste den Taliban-Führer Baitullah Mehsud als Anstifter des Attentats ausgemacht hatten, halten sich in Pakistan Spekulationen, wonach

Teile des Musharraf-nahen Establishments hinter der Tat standen. Baitullah Mehsud hat jede Verwicklung dementiert.

Neue Verhandlungsoffensive mit den Taliban

Baitullah Mehsuds „Bewegung der pakistanischen Taliban“ hat Mitte April einen Waffenstillstand erklärt, der von der pakistanischen Regierung begrüßt wurde. Allerdings kam es danach noch zu einem Bombenanschlag auf eine Polizeistation in der Stadt Mardan. Die pakistanische Regierung und die Provinz-Regierung der NWFP bemühen sich sehr darum, mit verschiedenen Gruppen der Taliban in Swat, Nord- und Süd-Waziristan und anderen Regionen ins Gespräch zu kommen. Kritiker verweisen darauf, dass auch Musharraf immer wieder mit den Militanten verhandelt habe. Die Taliban hätten vorhergehende Waffenstillstands-Perioden aber noch stets dazu genutzt, sich erneut zu gruppieren und Attacken in Afghanistan zu verstärken, heißt es vor allem in Kabul und Washington. Umstritten ist auch, inwieweit eine saubere Trennung zwischen pakistanischen (so genannten „lokalen“) Taliban und den ausländischen Kämpfern der afghanischen Taliban sowie von Al-Qaida möglich ist. Die Befürworter der Verhandlungs-Linie in der Regierung glauben, dass man die ausländischen Kämpfer isolieren könne und müsse und mit undifferenzierten Militär-Schlägen nur immer mehr pakistanische Stammesangehörige radikalisiere; Kritiker der unterschiedlichsten politischen Couleur weisen dagegen auf die engen Verbindungen zwischen den paschtunischen Stammesgebieten beiderseits der Grenze hin.

Restriktionen für Fernsehsender aufgehoben

Die neue Regierung hat „völlige Medienfreiheit“ versprochen. In der Tat sind die unter dem Notstands-Regime im Herbst verhängten Einschränkungen insbesondere für Fernseh-Sender (Verbot der Live-Berichterstattung von politischen Ereignissen, Bann für unliebsame Moderatoren) inzwischen aufgehoben worden und die kritischen Journalisten wieder auf Sendung. Weil PPP und PML-N aber keine besonders gute Bilanz in Sachen Pressefreiheit haben, bleiben viele Journalisten skeptisch, ob die hehren Versprechungen auf Dauer eingelöst werden.

Keine Koalition mit MQM

Versuche, in Sindh eine Koalition aus PPP und dem *Muttahida Qaumi Movement* (MQM) zu bilden, sind offenbar endgültig gescheitert. Das MQM ist auch nicht, wie ursprünglich angedacht war, in die Zentralregierung eingetreten. Vor allem, als es Anfang April bei Kämpfen zwischen PPP- und MQM-nahen Anwälten in Karachi zu Todesopfern kam, war die Idee zum Scheitern verurteilt. Das MQM ist besonders unter den Urdu sprechenden Teilungsflüchtlingen (Muhajirs) aus Indien und ihren Nachkommen einflussreich. Seine regionale Hochburg ist die Stadt Karachi, wo das MQM seit Jahren die stärkste Partei ist. Allerdings werfen ihre Gegner der von Altaf Hussain im Londoner Exil geführten Partei brutale Einschüchterungsmethoden vor. Das MQM hatte Präsident Musharraf unterstützt, gilt aber als nicht festgelegt in Koalitionsfragen und einer Regierungsbeteiligung im Zweifel nicht abgeneigt. Vor allem die Geschäftsleute in Pakistans Wirtschaftsmetropole hatten sich von einer MQM-PPP-Koalition Stabilität für die Stadt erhofft. Andererseits hätte sie auch die Abhängigkeit der PPP von Nawaz Sharif reduziert. Das MQM und die unter den Sindhis starke PPP haben sich in Karachi über die Jahre oft blutige Kämpfe geliefert und damit zum Niedergang der Stadt beigetragen.

Neuer Anlauf bei Pipeline-Projekten

Indien und Pakistan haben sich bei dreitägigen Konsultationen in Islamabad im April darauf verständigt, zwei wichtige Gas-Pipeline-Projekte weiter voranzutreiben. Es geht zum einen um die Lieferung von Gas aus Turkmenistan via Afghanistan, zum anderen um die Pipeline aus dem Iran. Indien hat ein großes Interesse an diesen beiden Projekten, ist es doch auf Gas-Importe angewiesen, um seinen rasch steigenden Energiebedarf zu decken. Die TAPI-Pipeline aus Turkmenistan soll ab 2010 gebaut werden und ab 2015 Gas liefern. Allerdings bleibt die turbulente politische Lage in Afghanistan ein nicht zu unterschätzender Unsicherheitsfaktor bei diesen Plänen. Die IPI-Pipeline aus dem Iran wiederum wird von den USA aus außenpolitischen Gründen entschieden abgelehnt; Indien scheint sich inzwischen aber entschieden zu haben, das Projekt dennoch weiterzuverfolgen.

Deutsche TU für Lahore

In Bonn haben sich neun deutsche Hochschulen unter der Führung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) zur „Arbeitsgemeinschaft Technische

Universität Lahore e.V.“ zusammengeschlossen. Die Arbeitsgemeinschaft hat sich den Aufbau einer Technischen Hochschule nach deutschem Modell in Lahore zum Ziel gesetzt. Das Projekt wird vollständig aus Mitteln des pakistanischen Staates finanziert und ermöglicht Planung, Aufbau und Betrieb einer Hochschule für 5 000 Studierende. Ein Vorlaufprojekt startet bereits im Herbst 2008, der reguläre Lehr- und Forschungsbetrieb ist für das Jahr 2010 geplant. Zu den Mitgliedern des Vereins zählen neben dem DAAD neun deutsche Hochschulen, die eigene Studiengänge und Forschungsvorhaben in das Projekt einbringen wollen. Das Projekt einer Technischen Universität nach deutschem Modell in Pakistan geht zurück auf die Initiative der pakistanischen *Higher Education Commission* (HEC).

Bhutto-Straße in Berlin?

Im Berliner Bezirk Lichtenberg wird möglicherweise schon bald eine Straße nach der ermordeten Benazir Bhutto benannt. Die örtliche SPD hat das entsprechende Verfahren in der Bezirksverordneten-Versammlung eingeleitet. Es handelt sich um einen Teil der Hauptverkehrsstraße „Weißenseer Weg“, der zu DDR-Zeiten „Ho-Chi-Minh-Straße“ hieß. Allerdings müsste für eine baldige Umbenennung eine Ausnahme von der üblichen Regelung beschlossen werden, wonach erst fünf Jahre nach dem Tod einer Person Straßen ihren Namen tragen dürfen. Die Fortsetzung der ins Auge gefassten Berliner Straße ist übrigens nach Indira Gandhi benannt. Die Umbenennung wäre somit auch ein „Symbol für den Aussöhnungsprozess zwischen Indien und Pakistan“, argumentiert die Deutsch-Pakistanische Gemeinschaft für Kultur und Demokratie, die sich für den Namenswechsel engagiert. www.dpg-online.net

Pakistan testet Langstreckenraketen

Zum zweiten Mal innerhalb von wenigen Tagen hat Pakistan am 21. April eine atomwaffenfähige Langstreckenrakete getestet. Die Rakete vom Typ Shaheen-2 hat eine Reichweite von 2 000 Kilometern. Der erfolgreiche Start der Rakete an einem geheimen Ort sei der „Höhepunkt einer Militärübung gewesen“, teilten die pakistanischen Streitkräfte mit. Die Shaheen-2-Rakete kann sowohl mit konventionellen als auch mit Atomsprenköpfen bestückt werden. Trotz eines 2004 begonnenen Friedensprozesses testen die beiden verfeindeten Atomkräfte Indien und Pakistan regelmäßig Raketen und bauen systematisch ihre Schlagkraft mit atomar bestückbaren Raketen aus.